

60 JAHRE NEW YORKER ÜBEREINKOMMEN - VOLLSTRECKUNG VON SCHIEDSSPRÜCHEN IM AUSLAND

GTAI-WEBINAR
6. JUNI 2018

Prof. Dr. Stefan Kröll, LL.M., Bucerius Law School
Dmitry Marenkov, LL.M., FCI Arb, GTAI



Gliederung

I. Einführung: New Yorker Übereinkommen (NYÜ) im Überblick

Mitgliedstaaten, Reichweite, wesentliche Inhalte

II. Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland

Unterschied Vollstreckbarerklärung ./.. Zwangsvollstreckung

Notwendige Unterlagen | Gerichtliche Zuständigkeit

Versagungsgründe des Art. V New Yorker Übereinkommen

III. Wie kann sich das New Yorker Übereinkommen gegen ein deutsches Unternehmen auswirken?

IV. Ausblick

60 Jahre New Yorker Übereinkommen – Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland

Agenda



Prof. Dr. Stefan Kröll, LL.M.

- Direktor des Centers for International Dispute Resolution an der Bucerius Law School in Hamburg
- einer der führenden Schiedsrichter Deutschlands
- nationaler Berichterstatter für Deutschland bei UNCITRAL
- Direktor des Willem C. Vis International Commercial Arbitration Moot in Wien, des größten universitären Wettbewerbs zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit
- Mitglied im Beirat der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS)

60 Jahre New Yorker Übereinkommen – Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland

Agenda



Dmitry Marenkov, LL.M., FCI Arb

Senior Manager

Ausländisches Wirtschaftsrecht

Germany Trade & Invest

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Streitbeilegung im internationalen Wirtschaftsverkehr, einschließlich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit
- Internationales Wirtschaftsrecht, mit besonderem Schwerpunkt auf Mittel- und Osteuropa



I. Einführung: Das New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen

New Yorker Übereinkommen im Überblick

- Instrument zur fast weltweiten Vollstreckung von Schiedssprüchen

kein entsprechendes globales Instrument für Gerichtsurteile

- Die globale Vollstreckbarkeit ist der wichtigste Grund für die Vereinbarung der Schiedsgerichtsbarkeit bei grenzüberschreitenden Verträgen

(2018 International Arbitration Survey: The Evolution of International Arbitration, Queen Mary College, University of London, www.arbitration.qmul.ac.uk/research/2018/)

- Wohl das erfolgreichste Übereinkommen auf dem Gebiet des internationalen Wirtschaftsrechts

New Yorker Übereinkommen im Überblick

- Am UNO-Sitz in New York im Mai/Juni 1958 verhandelt und am 10. Juni 1958 verabschiedet
- Fünf Originalsprachfassungen: Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch
- Vorgänger des NYÜ:
 - Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln von 1923
 - Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1927

von wenigen Vertragsstaaten ratifiziert und weniger weitgehende Bestimmungen

159 Mitgliedstaaten des New Yorker Übereinkommens

Quelle: UNCITRAL, www.uncitral.org/uncitral/en/uncitral_texts/arbitration.html

UNCITRAL

[Home](#) | [Contact Us](#) | [Site Map](#) | [Search](#)

United Nations Commission on International Trade Law

[العربية](#) | [中文](#) | **English** | [Français](#) | [Русский](#) | [Español](#)

[Home](#)

[About UNCITRAL](#)

[Commission Documents](#)

[Working Group Documents](#)

[Colloquia Materials](#)

[General Assembly Resolutions & Related Documents](#)

[UNCITRAL Texts & Status](#)

o **International Commercial Arbitration & Conciliation**

- International Sale of Goods (CISG)
- Security Interests
- Insolvency
- International Payments
- International Transport of Goods
- Electronic Commerce
- Procurement & Infrastructure Development
- Online Dispute Resolution

[Texts Endorsed by UNCITRAL](#)

[Technical Assistance & Coordination](#)

[Case Law \(CLOUT\)](#)

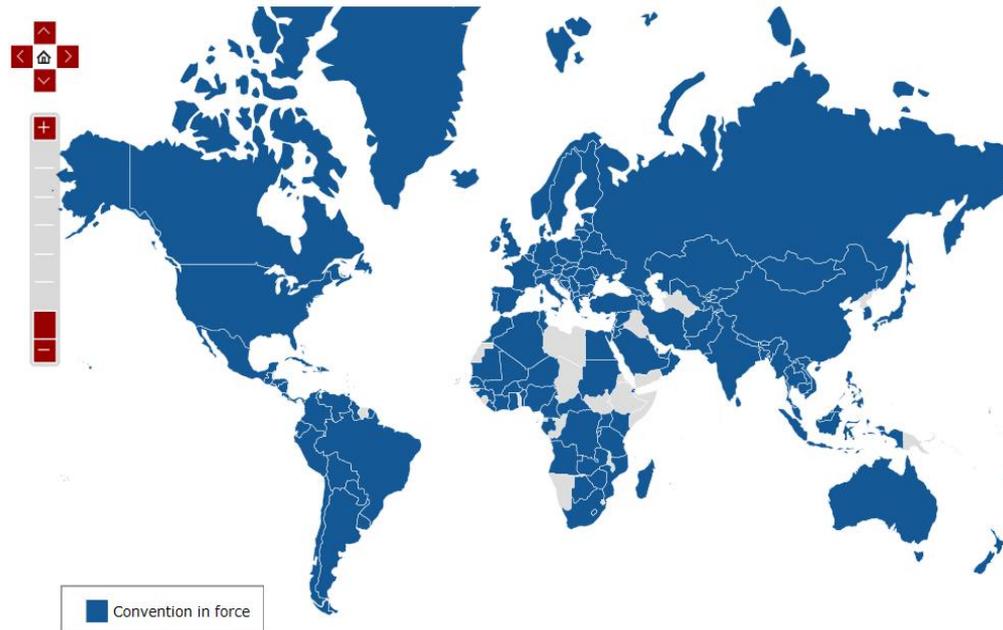
[Library & Research Resources](#)

[Transparency Registry](#)



Status map

Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards (New York, 1958)



JS map by amCharts

See also: [Status table](#)

Disclaimer: The boundaries and names shown and the designations used on this map do not imply official endorsement or acceptance by the United Nations. This map is provided solely as a visual aid; due to technical limitations it may not reflect accurately the territorial application of the treaty.

New Yorker Übereinkommen – geografische Reichweite

- 159 Mitgliedstaaten: von “A” wie Afghanistan bis “Z” wie Zypern
(zum Vergleich: 89 CISG-Mitgliedstaaten)
- Seit 2010 insgesamt 15 Beitritte zum NYÜ, u.a.:
 - Sudan (2018), Angola (2017), Andorra (2015), Kongo (2015),
Myanmar (2013), Tadschikistan (2012), Liechtenstein (2011)
- Von den 100 wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik Deutschland (2017) sind nur drei keine NYÜ-Mitgliedstaaten:
 - Libyen (Rang 63), Irak (Rang 72), Äthiopien (Rang 94)
 - Baldiger NYÜ-Betritt von Irak zu erwarten (evtl. noch 2018)

New Yorker Übereinkommen – geografische Reichweite

Ausweitung des NYÜ auf Überseegebiete gemäß Art. X(1) NYÜ:

- Niederländische Antillen
- Färöer Inseln und Grönland
- Bermuda, Gibraltar, Guernsey, die Isle of Man, die Britischen Jungferninseln, Jersey und die Kaimaninseln

	Handelsvolumen 2017, Millionen Euro	Rang in der Rangfolge der Handelspartner der Bundesrepublik (2017)
Kaimaninseln	638,5	88
Gibraltar	280,7	110
Britische Jungferninseln	96,5	140

Angaben: Statistisches Bundesamt

New Yorker Übereinkommen – geografische Reichweite

- NYÜ erstreckt sich auch auf die Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau

- Taiwan – kein Vertragsstaat des NYÜ

(Handelspartner Nr. 27 im Jahr 2017; Handelsumsatz: 17,2 Milliarden Euro)



Ausländische Schiedssprüche können nach nationalem Recht Taiwans auf Grundlage der Gegenseitigkeit vollstreckt werden

(Art. 49 Taiwan Arbitration Act)

Mögliche Vorbehalte beachten, Art. I (3) Satz 1 NYÜ

- NYÜ wird auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen angewendet, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen NYÜ-Mitgliedstaates ergangen sind.

(rund die Hälfte der NYÜ-Vertragsstaaten
haben diesen Vorbehalt erklärt)

- Vorbehalt aufgrund der großen und wachsenden Zahl der NYÜ-Mitgliedstaaten nur noch von geringerer praktischer Bedeutung

Mögliche Vorbehalte beachten, Art. I (3) Satz 2 NYÜ

- NYÜ findet nur bzgl. Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, Anwendung, die nach innerstaatlichem Recht des Vollstreckungsstaates als Handelssachen angesehen werden.
 - Vorbehalt von fast 50 NYÜ-Mitgliedstaaten erklärt
 - Meist weite Auslegung des Begriffs „Handelssache“
 - In den allermeisten Fällen dürfte dies bei grenzüberschreitenden Lieferverträgen und ähnlichen Auslandsaktivitäten unproblematisch sein
- Nach h.M. erstrecken sich die Vorbehalte auch auf Schiedsvereinbarungen (nicht nur Schiedssprüche)

Art. II NYÜ: Anerkennung von Schiedsvereinbarungen

Art. II (1) NYÜ

Jeder Vertragsstaat erkennt eine schriftliche Vereinbarung an, durch die sich die Parteien verpflichten, alle oder einzelne Streitigkeiten, die zwischen ihnen aus einem bestimmten Rechtsverhältnis, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, bereits entstanden sind oder etwa künftig entstehen, einem schiedsrichterlichen Verfahren zu unterwerfen, sofern der Gegenstand des Streites auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann.



NYÜ betrifft somit nicht nur Schiedssprüche, sondern auch Schiedsvereinbarungen (entgegen dem NYÜ-Titel)

Art. II NYÜ: Anerkennung von Schiedsvereinbarungen

Art. II (3) NYÜ

Wird ein Gericht eines Vertragsstaates wegen eines Streitgegenstandes angerufen, hinsichtlich dessen die Parteien eine Vereinbarung im Sinne dieses Artikels getroffen haben, so hat das Gericht auf Antrag einer der Parteien sie auf das schiedsrichterliche Verfahren zu verweisen, sofern es nicht feststellt, dass die Vereinbarung hinfällig, unwirksam oder nicht erfüllbar ist.

(Schiedseinrede)

Pflicht zur Anerkennung von Schiedssprüchen

Art. III NYÜ

Jeder Vertragsstaat erkennt Schiedssprüche als wirksam an und lässt sie nach den Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebietes, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, zur Vollstreckung zu, sofern die in den folgenden Artikeln festgelegten Voraussetzungen gegeben sind. Die Anerkennung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist, darf weder wesentlich strengeren Verfahrensvorschriften noch wesentlich höheren Kosten unterliegen als die Anerkennung oder Vollstreckung inländischer Schiedssprüche.



Die genaue Ausgestaltung des Verfahrens zur Anerkennung und Vollstreckung (Exequaturverfahren) im Ermessen des Vollstreckungsstaates

Versagungsgründe in Art. V NYÜ

Art. V (1) NYÜ:

Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, nur versagt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, den Beweis erbringt,

[Versagungsgründe (a) bis (e)]

Versagungsgründe in Art. V NYÜ

Art. V (2):

Die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruches darf auch versagt werden, wenn die zuständige Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, feststellt,

a) dass der Gegenstand des Streites nach dem Recht dieses Landes nicht auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann [*Schiedsfähigkeit*], oder

b) dass die Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruches der öffentlichen Ordnung [*ordre public*] dieses Landes widersprechen würde.

Verhältnis zu anderen Bestimmungen

Art. VII (1) NYÜ:

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens lassen die Gültigkeit mehrseitiger oder zweiseitiger Verträge, welche die Vertragsstaaten über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen geschlossen haben, unberührt und nehmen keiner beteiligten Partei das Recht, sich auf einen Schiedsspruch nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts oder der Verträge des Landes, in dem er geltend gemacht wird, zu berufen.

Grundsatz der Meistbegünstigung:

 **anerkanntungsfreundlichere Bestimmungen (bilaterale Abkommen, nationales Recht) sind anzuwenden**

(„principle of maximum efficiency“)

Auslegung des New Yorker Übereinkommens

- Als internationales Übereinkommen autonom auszulegen
- Auslegungsregeln des nationalen Rechts finden keine Anwendung
- Auslegung im Lichte des Ziels und Zwecks des Übereinkommens (Art. 31 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge)

--> **zu Gunsten der Vollstreckung**

schieds- bzw. anerkennungsfreundliches Konzept des NYÜ

(„pro-enforcement approach“ / „pro-enforcement bias“)

Zweck: Förderung des internationalen Handels und der internationalen Streitbeilegung durch günstige Voraussetzungen für die Vollstreckung

Vollstreckbarkeit als Vorteil der Schiedsgerichtsbarkeit

Künftig stärkere „Konkurrenz“ durch das Haager Übereinkommen vom 30.6.2005 über Gerichtsstandsvereinbarungen (seit 1.10.2015 in Kraft)

Art. 8 (1): „Eine Entscheidung eines in einer ausschließlichen Gerichtsstandsvereinbarung benannten Gerichts eines Vertragsstaats wird in den anderen Vertragsstaaten nach Maßgabe dieses Kapitels anerkannt und vollstreckt.“

Mitgliedstaaten: EU-Staaten, Mexiko, Singapur

Unterzeichnet, noch nicht ratifiziert:

USA (2009), Ukraine (2016), Montenegro (2017), China (2017)



Sobald weitere Länder dem Haager Übereinkommen beitreten, wird sich der Vorteil der Vollstreckbarkeit von Schiedssprüchen relativieren



II. Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland

Zentrale Verpflichtungen: Art. III NYÜ

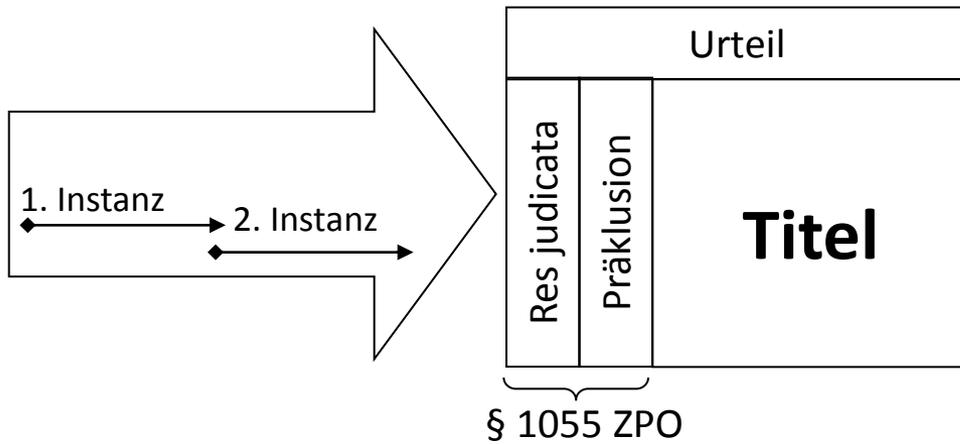
Jeder Vertragsstaat (1) erkennt Schiedssprüche als wirksam an und **(2) lässt** sie nach den Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebietes, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, **zur Vollstreckung zu**, sofern die in den folgenden Artikeln festgelegten Voraussetzungen gegeben sind. Die Anerkennung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist, darf weder wesentlich strengeren Verfahrensvorschriften noch wesentlich höheren Kosten unterliegen als die Anerkennung oder Vollstreckung inländischer Schiedssprüche.

Grenze: Art. V NYÜ

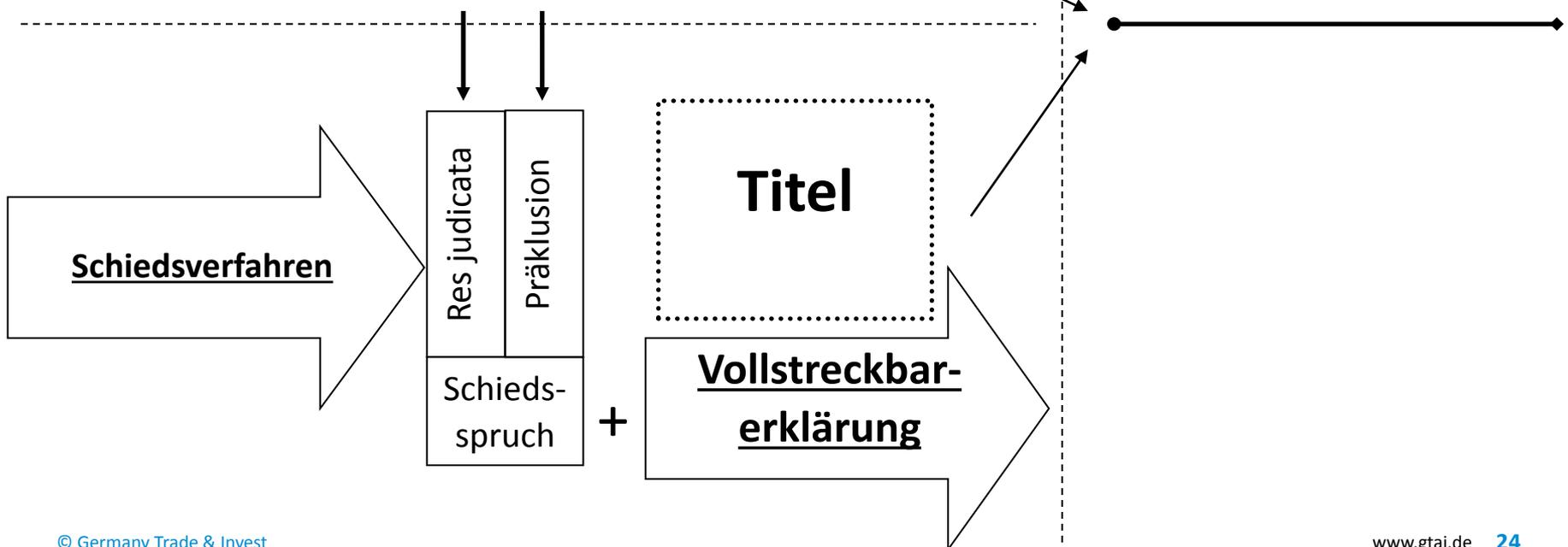
Rechtsnatur der Vollstreckbarerklärung

deutsche Schiedssprüche

Erkenntnisverfahren

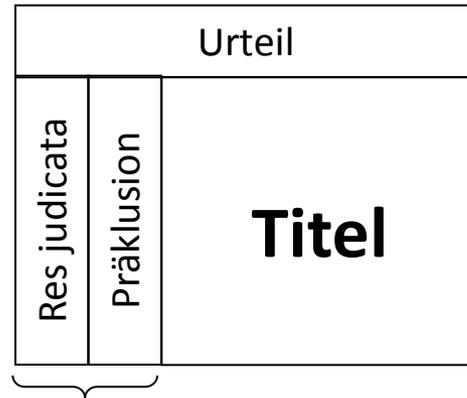


Vollstreckungsverfahren



Anerkennung + Vollstreckbarerklärung ausländischer Schiedssprüche

Erkenntnisverfahren



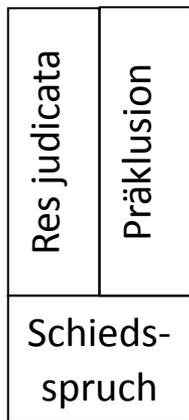
Vollstreckungs- verfahren

Vollstreckungsbescheid

↓

→

„ausländisches“
Schiedsverfahren



+

„Vollstreckbar-
erklärung“

Titel

Wichtigste Errungenschaften

Art. V NYÜ

(1) Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, **nur versagt werden**, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, *den Beweis erbringt*, ...

...

e. daß der Schiedsspruch für die Parteien **noch nicht verbindlich geworden** ist oder daß er von einer zuständigen Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht er ergangen ist, aufgehoben oder in seinen Wirkungen einstweilen gehemmt worden ist.

- **Abschließende Regelung der Versagensgründe**
- **Umkehr der Beweislast**
- **Eliminierung des Doppelexequaturs**

Zentrale Verpflichtungen: Art. III NYÜ

Jeder Vertragsstaat erkennt Schiedssprüche als wirksam an und **läßt** sie **nach den Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebietes**, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, **zur Vollstreckung zu**, sofern die in den **folgenden Artikeln festgelegten Voraussetzungen** gegeben sind. Die Anerkennung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist, darf **weder wesentlich strengeren Verfahrensvorschriften** noch wesentlich **höheren Kosten** unterliegen als die Anerkennung oder Vollstreckung inländischer Schiedssprüche.

Anforderungen des NYÜ: Art. IV (1)

(1) Zur Anerkennung und Vollstreckung, die im vorangehenden Artikel erwähnt wird, ist erforderlich, daß die Partei, welche die Anerkennung und Vollstreckung nachsucht, zugleich mit ihrem Antrag vorlegt:

- a) die gehörig **legalisierte (beglaubigte) Urschrift** des **Schiedsspruches** oder eine **Abschrift**, deren Übereinstimmung mit einer solchen Urschrift **ordnungsgemäß beglaubigt** ist;
- b) die **Urschrift** der **Vereinbarung** im Sinne des Artikels II oder eine **Abschrift**, deren Übereinstimmung mit einer solchen Urschrift **ordnungsgemäß beglaubigt** ist.

Anforderungen des NYÜ: Art. IV (2)

(1)

(2) Ist der Schiedsspruch oder die Vereinbarung nicht in einer amtlichen Sprache des Landes abgefasst, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, so hat die Partei, die um seine Anerkennung und Vollstreckung nachsucht, eine **Übersetzung** der erwähnten Urkunden in diese Sprache beizubringen. Die Übersetzung muss von einem **amtlichen oder beeidigten Übersetzer** oder von einem **diplomatischen oder konsularischen Vertreter beglaubigt** sein

„Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebiets“

- Zuständigkeit:
 - Internationale Zuständigkeit:
 - Minimum Contacts / Vermögen
 - Forum non convenience in USA
 - Sachlich
- Instanzenzug

„Verfahrensvorschriften des Hoheitsgebiets“

- Sonstige Antragsvoraussetzungen:
 - Anzahl der Kopien
 - Sprache
 - Anwaltszwang
- Verfahrensablauf
 - Ex parte / Beteiligung beider Parteien
 - Mündliche Verhandlung
 - Anwaltszwang / Ausländische Anwälte

Versagungsgründe: Art. V NYÜ

(§§ 1060, 1061 ZPO, Art. 36 ML)

Kontrolle der Zuständigkeit und des Verfahrens

- fehlende Schiedsvereinbarung: (1a)
- Streitigkeit außerhalb Schiedsvereinb. (1c)
- Fehlende Schiedsfähigkeit (2a)

- Verletzung des Rechts auf rechtliches Gehör (1b / 1d / 2b)
- Fehler bei der Bildung des Schiedsgerichts (1d Alt. 1)
- Verfahrensfehler (1d Alt. 2)

- Wirksamkeit Schiedsspruch (1e)

- Verletzung der verfahrensrechtl. öffentlichen Ordnung (2b)

Inhaltliche Kontrolle

Regel:

Keine Überprüfung in der Sache!
(keine Berufung im herkömmlichen Sinne)

Ausnahme:

- Verletzung der materiellen öffentlichen Ordnung (2b)

Darlegungs- und Beweislast: Art. V NYÜ

Artikel V

(1) Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches **darf auf Antrag der Partei**, gegen die er geltend gemacht wird, nur versagt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, **den Beweis erbringt**,

...

(2) Die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruches darf auch versagt werden, wenn die **zuständige Behörde des Landes**, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, **feststellt**,

(objektive Schiedsfähigkeit – ordre public)

Überprüfungsstandards

- Festlegung durch nationalen Richter
- Unterschiedliche Standards
 - Abhängig von Vollstreckungsort
 - Abhängig von Versagungsgrund
 - Volle Überprüfung
 - Bindung an Tatsachenfeststellung SG
 - Reine Plausibilitätsprüfung

Vollstreckbarerklärung trotz Versagungsgrund?

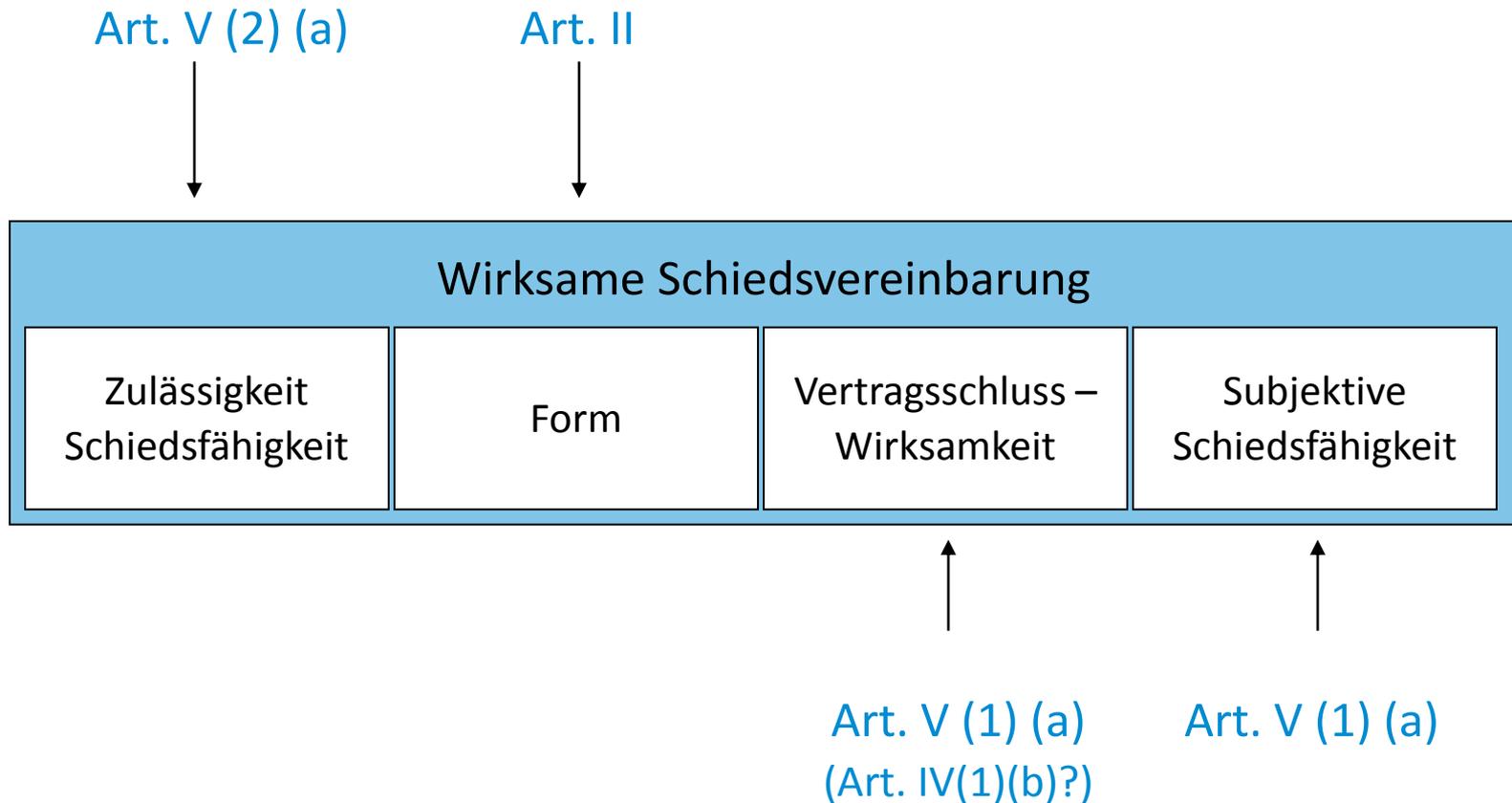
- Ermessen – „kann nur versagt werden“
 - e.g. High Court Hong Kong: China Nahai Oil Joint Service Corporation v. Gee Tai Holdings
- Heilung von Verfahrensfehlern
- Mangelnder Einfluss auf den Schiedsspruch
- Treu und Glauben – Venire contra factum proprium

Vollstreckbarerklärung trotz Versagungsgrund?

Artikel 4 UNCITRAL Modellgesetz. Verzicht auf das Recht der Einrede

Ist einer Bestimmung dieses Gesetzes, von der die Parteien abweichen können, oder einem Erfordernis der Schiedsvereinbarung nicht entsprochen worden, und setzt eine Partei trotz Kenntnis hiervon das schiedsrichterliche Verfahren fort, ohne gegen diesen Verstoß unverzüglich oder, falls hierfür eine Frist vorgesehen ist, innerhalb dieser Frist Einspruch zu erheben, so wird angenommen, sie habe auf die Einrede verzichtet.

Art. V (1)(a) NYÜ: Wirksame Schiedsvereinbarung

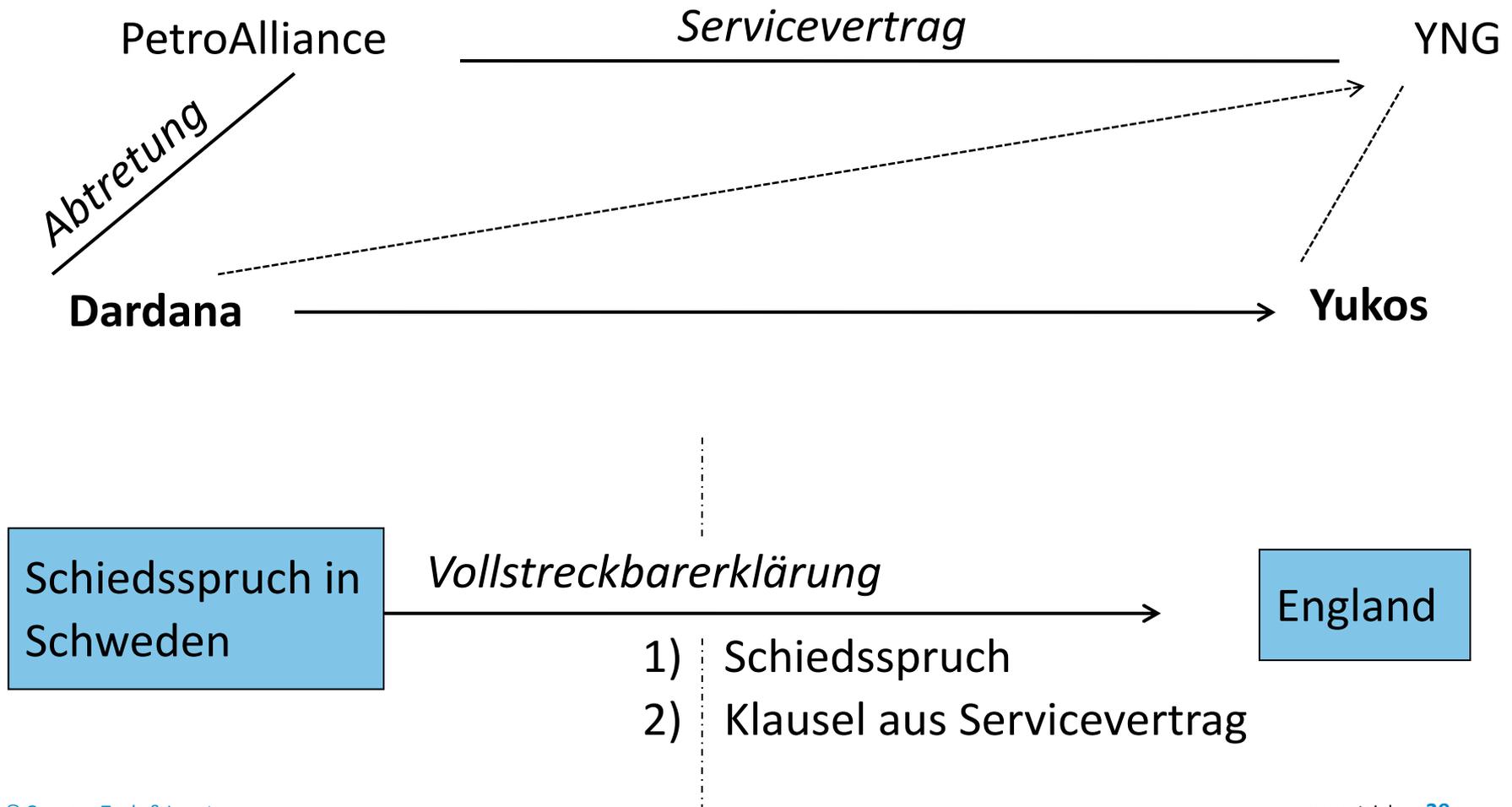


Beweislast beim Antragssteller

- Art. IV (1) (b) NYÜ
 - Entscheidungen aus Spanien; Norwegen; Schweiz
- Anwendungsvoraussetzung für NYÜ ist eine Schiedsvereinbarung, die den Formerfordernissen des Art. II NYÜ genügt
 - OLG Celle, 04.09.2003, SchiedsVZ 2004, 165
- Zuständigkeitsvoraussetzung
 - Czarina, LLC v. W.F. Poe Syndicate, 02.02.2004 (11th Cir.)

Dardana v. Yukos

Court of Appeal 18.04.2002



Formerfordernis des Art. II (2) NYÜ

2) Unter einer "schriftlichen Vereinbarung" ist eine Schiedsklausel in einem Vertrag oder eine Schiedsabrede zu verstehen, sofern der Vertrag oder die Schiedsabrede von den **Parteien unterzeichnet** oder in Briefen oder Telegrammen enthalten ist, die sie **gewechselt haben**

- einheitliches Dokument von allen Parteien unterzeichnet
- wechselseitiger Austausch von Dokumenten

Formerfordernis

- Wichtige Abschlussformen nicht erfasst

z.B. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben; mündliche Vereinbarungen

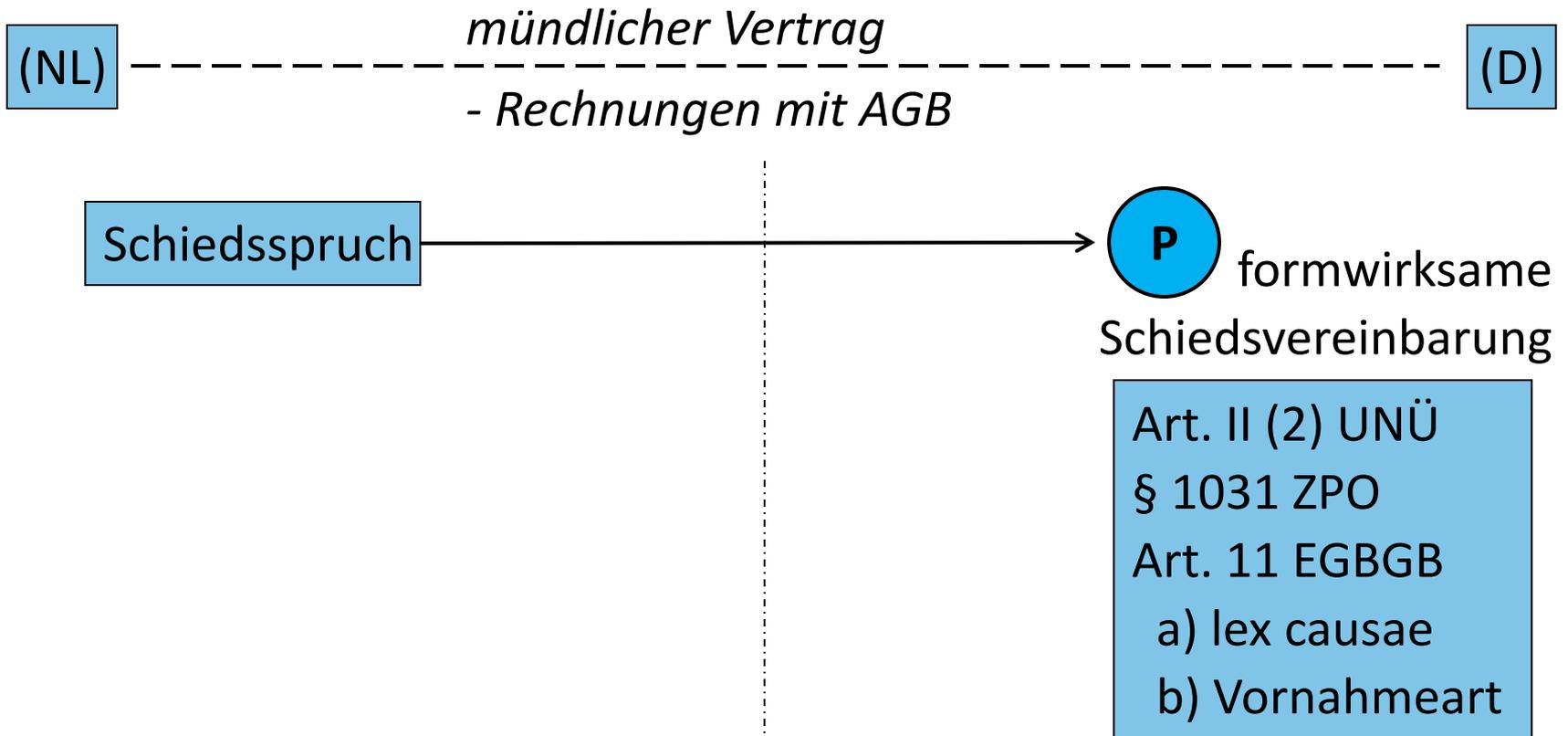
- Reaktionen der Gerichte

- Auslegung im Lichte von Art. 7 UNCITRAL-Modellgesetz
- „Fiktion“ des zweiten Dokuments
- „Autonome Auslegung“ – *Sphere Drake v. Marine Towing*

- Anwendbarkeit von Art. VII NYÜ

Bundesgerichtshof

21.09.2005 – III ZB 18/05



UNCITRAL Recommendations

www.uncitral.org/uncitral/en/uncitral_texts/arbitration/2006recommendation.html

Considering that, in interpreting the Convention, regard is to be had to the need to promote recognition and enforcement of arbitral awards,

1. Recommends that article II, paragraph 2, of the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards, done in New York, 10 June 1958, **be applied recognizing that the circumstances described therein are not exhaustive**;
2. *Recommends also* that article VII, paragraph 1, of the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards, done in New York, 10 June 1958, should be applied to allow any interested party to avail itself of rights it may have, under the law or treaties of the country where an arbitration agreement is sought to be relied upon, to seek recognition of the validity of such an arbitration agreement.

Verletzung rechtlichen Gehörs: Art. V (1)(b)

Artikel V NYÜ

(1) Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, nur versagt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, den Beweis erbringt,

....

b) dass die Partei, gegen die der Schiedsspruch geltend gemacht wird, von der Bestellung des Schiedsrichters oder von dem schiedsrichterlichen Verfahren nicht gehörig in Kenntnis gesetzt worden ist oder dass sie aus einem anderen Grund ihre Angriffs- oder Verteidigungsmittel nicht hat geltend machen können,

Verletzung rechtlichen Gehörs: Art. V (1)(b)

- Häufigst geltend gemachter Versagungsgrund in Praxis
- Art. V(1)(d) – Verfahrensverstoß / Art. V (2)(b) Ordre public
- 4 Elemente
 - Information
 - Möglichkeit zur Stellungnahme
 - Kenntnisnahme
 - Berücksichtigung bei Entscheidung

Verletzung rechtlichen Gehörs: Art. V (1)(b)

Beispiele aus Praxis

- Zurückweisung von Beweisangeboten
 - Zulässig aus materiellen / prozessualen Gründen
 - „due process paranoia“
- „Überraschungsentscheidungen“
 - – i.d.R. keine Hinweispflichten analog § 139 ZPO
 - „iura novit arbiter“
- „Versäumnisentscheidungen“

Unzulässig konstituiertes Schiedsgericht / Verfahrensverstoß: Art. V (1)(c)

Artikel V NYÜ

(1) Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, nur versagt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, den Beweis erbringt,

....

d) dass die **Bildung des Schiedsgerichtes** oder das **schiedsrichterliche Verfahren** der Vereinbarung der Parteien oder mangels einer solchen Vereinbarung, dem Recht des Landes, in dem das schiedsrichterliche Verfahren stattfand, nicht entsprochen hat,

Bildung des Schiedsgerichts

- Fehler dürfen nicht präkludiert sein (Art. 4 UNCITRAL-Modellgesetz)
- Einzelschiedsrichter statt Dreierschiedsgericht (Probleme bei Eilverfahren)
- Ablehnungsgründe
- Verletzung von Offenlegungspflichten

Art. V (1) (e) NYÜ

... dass der Schiedsspruch für die Parteien **noch nicht verbindlich geworden** ist oder daß er von einer zuständigen Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht er ergangen ist, **aufgehoben** oder in seinen Wirkungen einstweilen gehemmt worden ist.

Vollstreckungsstaat
V (1)

- a) ...
- b) ...
- c) ...
- d) ...

e) am Schiedsort
aufgehoben

(2)

Herkunftsstaat

Aufhebungsgründe

- 1) **lokale Besonderheiten**
z.B. § 69 AA96: Appeal
on point of law
- 2) **Public Policy**

Versagungsgründe des Art. V(2) NYÜ

Die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruches darf auch versagt werden, wenn die zuständige Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, feststellt,

- a) dass der Gegenstand des Streites nach dem Recht dieses Landes nicht auf schiedsrichterlichem Wege geregelt werden kann [**Schiedsfähigkeit**],
- b) dass die Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruches der öffentlichen Ordnung [**ordre public**] dieses Landes widersprechen würde.

Von Amts wegen zu beachten!

Schiedsfähigkeit (arbitrability), Art. V(2)(a) NYÜ

- In Deutschland: „jeder vermögensrechtliche Anspruch“ (§1030 ZPO)

BGH-Rechtsprechung:

„Schiedsfähigkeit I“ (GmbH-Beschlussmängelstreitigkeiten, 29.3.1996 - II ZR 124/95)

„Schiedsfähigkeit II“ (GmbH-Beschlussmängelstreitigkeiten, 6.4.2009 - II ZR 255/08)

„Schiedsfähigkeit III“ (Beschlussmängelstreitigkeiten in der Personengesellschaft, 6.4.2017 – I ZB 23/16, I ZB 32/16)

- Ähnlich weites Konzept in der Schweiz (Art. 177 IPRG) und in Österreich (§ 582 ZPO-Ö)

Schiedsfähigkeit (arbitrability), Art. V(2)(a) NYÜ

- Gegenwärtig internationaler Trend zur weiten Auslegung der Schiedsfähigkeit (d.h. weniger Arten von Streitigkeiten werden zwingend der Entscheidung staatlicher Gerichte vorbehalten)
- Nach wie vor viele Länder, deren Verfahrensrecht bestimmte Arten von Streitigkeiten zwingend der Entscheidung von staatlichen Gerichten vorbehält
- Teilweise werden Sachverhalte, für die das Verfahrensrecht zwingend die internationale Zuständigkeit der nationalen Gerichte (in Abgrenzung zu ausländischen staatlichen Gerichten) vorsieht, auch für nicht schiedsfähig erklärt

Schiedsfähigkeit (arbitrability), Art. V(2)(a) NYÜ

Im Rahmen eines Schiedsverfahrens ist die Beurteilung der
Schiedsfähigkeit
am Schiedsort und am Vollstreckungsort
relevant.



Dies sollte bei der Wahl des Schiedsortes und bei der Analyse der anschließenden Vollstreckbarkeit des Schiedsspruches berücksichtigt werden.

Schiedsfähigkeit (arbitrability), Art. V(2)(a) NYÜ

In folgenden Bereichen kann die Schiedsfähigkeit im Ausland **fraglich/problematisch** sein:

- gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten
- arbeitsrechtliche Streitigkeiten
- Streitigkeiten mit Verbrauchern
- Verträge im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens
- Verträge mit ausgeprägten öffentlich-rechtlichen Aspekten (Haushaltsmittel involviert, öffentliche Interessen betroffen, staatliche Stellen als Partei)
- Ansprüche im Zusammenhang mit der Kündigung eines exklusiven Vertriebsvertrages (Belgien)
- Insolvenz
- Gewerblicher Rechtsschutz
- Kartellrechtliche Streitigkeiten

Schiedsfähigkeit (arbitrability), Art. V(2)(a) NYÜ

Das heißt im Umkehrschluss:

Schiedssprüche betreffend Ansprüche aus

- Liefer- bzw. Warenkaufverträgen,
- Post-M&A-Streitigkeiten (Unternehmenskaufverträge),
- Serviceverträgen,
- Vertriebsverträgen,
- Lizenzverträgen,
- Frachtverträgen,
- Auflösung eines Joint-Ventures etc.

sind in der Regel **schiedsfähig**

Verletzung der öffentlichen Ordnung (ordre public), Art. V(2)(b) NYÜ

- Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruches würde dem ordre public widersprechen
- Verletzung des ordre public „dieses Landes“ (d.h. des Vollstreckungsstaates)
- Keine Definition des ordre public im NYÜ
- Es kommt auf die nationale Rechtsprechung an
- Es hat sich keine international einheitliche Definition herausgebildet
- Trend zur engen Auslegung des ordre public

Verletzung der öffentlichen Ordnung (ordre public), Art. V(2)(b) NYÜ

Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes:

„In der Sache widerspricht die Anerkennung und Vollstreckung der innerstaatlichen öffentlichen Ordnung, wenn die Entscheidung des Schiedsgerichts zu den als grundlegend anzuerkennenden Prinzipien der Rechts-, Wirtschafts- und/oder Sozialordnung des Vollstreckungsstaats in einem offensichtlichen und so erheblichen Widerspruch steht, dass sie nach den nationalen Grundvorstellungen im Ergebnis nicht (mehr) hinnehmbar erscheint“

(vgl. BGH NJW 1986, 3027, 3028; 1998, 2358 f.)

Verletzung der öffentlichen Ordnung (ordre public), Art. V(2)(b) NYÜ

- US Court of Appeal (9th Circuit), *Cubic case* (2011):

„The reference to public policy should enable the courts of the enforcing country to refuse to enforce awards that are fraudulent, oppressive or scandalous“

[„betrügerisch, Knebelcharakter oder skandalös“]

- Court of Appeal of the Federal Court of Australia, *TCL case* (2014): *„Fundamental norms of justice and fairness“*

- Singapore High Court, *Aloe Vera case* (2006):

„The most basic notions of morality and justice“

Verletzung der öffentlichen Ordnung (*ordre public*), Art. V(2)(b) NYÜ

- Internationaler Konsens, dass der *ordre public*-Einwand nicht zur Überprüfung des Schiedsspruchs in der Sache führen darf (*keine revision au fond*)

Das Vollstreckungsgericht ist keine Berufungsinstanz

Keine Ergebniskorrektur

- Unrichtige Anwendung des materiellen Rechts allein bedeutet keinen *ordre public*-Verstoß
- Die Tatsache, dass der Fall nach dem materiellen Recht des Vollstreckungsstaates anders gelöst werden würde, rechtfertigt genauso wenig einen *ordre public*-Verstoß

Verletzung der öffentlichen Ordnung (ordre public), Art. V(2)(b) NYÜ

- Ein ordre public wird anzunehmen sein bei:
 - Bestechung im Schiedsgericht
 - Zugrundeliegender Vertrag/Sachverhalt beinhaltet Korruption oder illegale Aktivitäten
 - Schiedsspruch betrifft Strafschadensersatz nach US-Recht (punitive damages)
- Unangemessen hohe Vertragsstrafe (im Vergleich zur Vertragssumme) oder Zinsen?
- Teilweise als „letzter Rettungsanker“ geltend gemacht

Verletzung der öffentlichen Ordnung (ordre public), Art. V(2)(b) NYÜ

- In manchen Ländern nach wie vor ein erhebliches Risiko einer missbräuchlich weiten protektionistischen Auslegung von ordre public (Faktor der Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit der Justiz im Ausland)
- Beispiel aus der Praxis: „Wenn der Schiedsspruch [hohe zweistellige Millionensumme] vollstreckt werden würde, würde der größte Arbeitgeber der Region insolvent und Tausende Menschen arbeitslos werden“
- Teilweise „Terra incognita“: Anwendungsbereich von ordre public in weiten Teilen Afrikas, Asiens, Südamerikas schlicht unbekannt

Verletzung der öffentlichen Ordnung (ordre public), Art. V(2)(b) NYÜ

Teilweise Konzept des ordre public international (international public policy)

Kein internationaler Konsens, sondern ein besonders vollstreckungsfreundlicher Maßstab für ausländische Schiedssprüche innerhalb einer bestimmten Rechtsordnung

Toleranter zu möglichen Abweichungen, wenn es sich um einen im Ausland ergangenen Schiedsspruch handelt

In der Regel in „schiedsfreundlichen“ Ländern (arbitration friendly)

IBA Report on the Public Policy Exception in the New York Convention (2015)

[www.ibanet.org/LPD/Dispute Resolution Section/Arbitration/Recognitn Enfrcemnt Arbitl Award/publicpolicy15.aspx](http://www.ibanet.org/LPD/Dispute%20Resolution%20Section/Arbitration/Recognitn%20Enfrcemnt%20Arbitl%20Award/publicpolicy15.aspx)



The Subcommittee on Recognition and Enforcement of Arbitral Awards conducted over 2014/2015 a comparative study on 'public policy' as a defence to the recognition and enforcement of arbitral awards under the New York Convention. For such purpose, the Subcommittee has solicited and received reports from Arbitration Committee members reporting jurisdiction by jurisdiction on the treatment of public policy by the domestic courts in the context of enforcement of foreign arbitral awards.

Each country report indicates its author(s) who may be contacted who may be contacted with questions or suggestions.

If you have questions, comments or suggestions generally about the general and country reports, or if you want to prepare a country report for a country not yet covered by the study, please contact the Chair of the Subcommittee, Pascal Hollander, Hanotiau & van den Berg, Brussels, at pascal.hollander@hvdb.com.

These reports are not intended as and must not be considered as legal advice.

[Download the general report](#) 

Download country reports:

- | | | |
|---------------------------|--------------------------------|--------------------------------------|
| Albania | Indonesia | Russia |
| Argentina | Israel | Serbia |
| Australia | Italy | Singapore |
| Austria | Japan | Slovakia |
| Belgium | Kenya | Spain |
| Canada | Lebanon | Sweden |
| Chile | Mexico 1 | Switzerland |
| China | Mexico 2 | The Netherlands |
| Colombia | Montenegro | Turkey |
| Egypt | Nigeria | Ukraine |
| England | Pakistan/India | United Arab Emirates |
| Finland | Paraguay | United States 1 |
| France | Peru | United States 2 |

Share:



Auslegung des New Yorker Übereinkommens

www.uncitral.org/uncitral/en/uncitral_texts/arbitration/NYConvention.html

UNCITRAL

[Home](#) | [Contact Us](#) | [Site Map](#) | [Search](#)

United Nations Commission on International Trade Law

[عربي](#) | [中文](#) | [English](#) | [Français](#) | [Русский](#) | [Español](#)

[Home](#)

[About UNCITRAL](#)

[Commission Documents](#)

[Working Group Documents](#)

[Colloquia Materials](#)

[General Assembly Resolutions & Related Documents](#)

[UNCITRAL Texts & Status](#)

◦ [International Commercial Arbitration & Conciliation](#)

• [International Sale of Goods \(CISG\)](#)

• [Security Interests](#)

• [Insolvency](#)

• [International Payments](#)

• [International Transport of Goods](#)

• [Electronic Commerce](#)

• [Procurement & Infrastructure Development](#)

• [Online Dispute Resolution](#)

[Texts Endorsed by UNCITRAL](#)

[Technical Assistance & Coordination](#)

[Case Law \(CLOUT\)](#)

[Library & Research Resources](#)

[Transparency Registry](#)



Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards (New York, 1958) (the "New York Convention")

[Text](#)

[Status / map](#)

[UNCITRAL Secretariat Guide on the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards](#)

[1958 New York Convention Guide \(web platform\)](#)



Entry into force: The Convention entered into force on 7 June 1959 (article XII).

Objectives

Recognizing the growing importance of international arbitration as a means of settling international commercial disputes, the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards (the Convention) seeks to provide common legislative standards for the recognition of arbitration agreements and court recognition and enforcement of foreign and non-domestic arbitral awards. The term "non-domestic" appears to embrace awards which, although made in the state of enforcement, are treated as "foreign" under its law because of some foreign element in the proceedings, e.g. another State's procedural laws are applied.

The Convention's principal aim is that foreign and non-domestic arbitral awards will not be discriminated against and it obliges Parties to ensure such awards are recognized and generally capable of enforcement in their jurisdiction in the same way as domestic awards. An ancillary aim of the Convention is to require courts of Parties to give full effect to arbitration agreements by requiring courts to deny the parties access to court in contravention of their agreement to refer the matter to an arbitral tribunal.

How to become a party

The Convention is open to accession by any Member State of the United Nations, any other State which is a member of any specialized agency of the United Nations, or is a Party to the Statute of the International Court of Justice (articles VIII and IX).

Case law

- [newyorkconvention1958.org](#)
- [Case Law on UNCITRAL Texts \(CLOUT\)](#)

Related instruments

- [Recommendation regarding the interpretation of article II, paragraph 2, and article VII, paragraph 1, of the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards, done in New York, 10 June 1958 \(2006\)](#)

See also:

[Image of original text with signatures](#)

[Travaux préparatoires](#)

[Enforcing arbitration awards under the New York Convention](#)

[Accession Kit for States intending to become Parties to the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards](#)

© 2018 UNCITRAL

Auslegung des New Yorker Übereinkommens

<http://newyorkconvention1958.org>

The screenshot shows the navigation menu of the New York Convention 1958 website. At the top, there are logos for the United Nations UNCITRAL, Shearman & Sterling, and Columbia Law School. The main navigation area consists of several buttons: 'CONVENTION', 'PROVISIONS', 'JURISDICTIONS', 'THE GUIDE' (with a cityscape image), 'SEARCH', 'WHO WE ARE', 'CASE LAW', 'LIBRARY', 'CONTRIBUTE', 'Travaux préparatoires', and 'EVENTS'. A featured article titled '60 Years Of The New York Convention On The Recognition And Enforcement Of Foreign Arbitral Awards: Key Issues And Future Challenges' is displayed, dated 04 April 2018, with a 'Read More' button.

Official Websites

The Guide

Around the Guide

Auslegung des New Yorker Übereinkommens

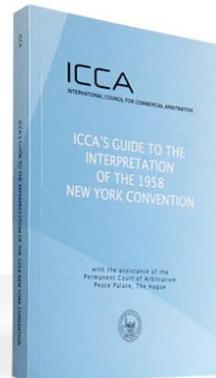
www.arbitration-icca.org/publications/NYC_Guide.html

Home About Membership Congresses Publications NYC Roadshow Africa Workshops Projects AV Library Resources Articles

Now available

ICCA's Guide to the Interpretation of the 1958 New York Convention

The International Council for Commercial Arbitration (ICCA) wishes to encourage the use of this Guide for teaching purposes and for the promotion of arbitration. Accordingly, it is permitted to reproduce or copy this Guide, provided that the Guide is reproduced accurately, without alteration and in a non-misleading context, and provided that ICCA's authorship and copyright are clearly acknowledged.



Arabic »

Burmese »

Chinese »

Croatian »

English »

Farsi »

French »

Georgian »

Greek »

Hebrew »

Indonesian »

Italian »

Korean »

Polish »

Portuguese »

Russian »

Serbian »

Spanish »

Turkish »

Vietnamese »

To date, *ICCA's Guide to the Interpretation of the 1958 New York Convention* has been translated from English into 20 different languages, with more translations scheduled for the coming months. In keeping with the original intent of the Guide, over 5000 hard copies of the various translations have been distributed to judges across the globe, including judges from: Argentina, Belgium, Brazil, Chile, China, Cyprus, Georgia, Greece, Haiti, Hong Kong, Hungary, India, Indonesia, Italy, Mauritius, Malaysia, Mexico, Myanmar, Peru, Poland, Portugal, Russia, Rwanda, Serbia, Seychelles, Singapore, and Switzerland.

In Kürze Online: GTAI-Special „60 Jahre New Yorker Übereinkommen“

www.gtai.de/new-yorker-uebereinkommen

[Über uns](#) [Presse](#) [Events](#) [Kontakt](#) [Anmelden](#) [Social Media](#) 

GTAI GERMANY
TRADE & INVEST

TRADE ▾

INVEST ▾

Suchbegriff



Internationale Märkte ▾

Branchen

Wirtschaftsklima

Geschäftspraxis

Recht & Zoll

Entwicklungsprojekte &
Ausschreibungen

Länderseiten

Service

-  Auskunftsservice
-  Markets International
-  Newsletter
-  RSS
-  FAQ

Follow us:



[STARTSEITE](#) > [TRADE](#) > [INTERNATIONALE MÄRKTE](#) > [GTAI-SPECIALS](#) > [NEW YORKER ÜBEREINKOMMEN](#) > [60 JAHRE NEW YORKER ÜBEREINKOMMEN](#)



14.05.2018

60 Jahre New Yorker Übereinkommen

Übersicht

- ▶ [„Die Erfolgsgeschichte der Schiedsgerichtsbarkeit wird sich fortsetzen“ - Interview mit Prof. Dr. Klaus Peter Berger](#)
- ▶ [„New Yorker Übereinkommen ist zentraler Baustein“ – Interview mit Prof. Dr. Stefan Kröll](#)
- ▶ [„New Yorker Übereinkommen ist die Keimzelle moderner Schiedsgerichtsbarkeit“ – Interview mit Dr. Reinmar Wolff](#)

Funktionen

-  Drucken
-  PDF erstellen
-  Speichern
-  In Export-Community diskutieren

[f](#) [t](#) [in](#) [x](#)

Kontakt

Dmitry Marenkov

 +49 228 24 993 362

 [Ihre Frage an uns](#)

GTAI GERMANY
TRADE & INVEST

„Die Erfolgsgeschichte der Schiedsgerichtsbarkeit wird sich



III. Wie kann sich ein ausländischer Schiedsspruch gegen ein deutsches Unternehmen auswirken?

Anerkennung und Durchsetzung ausländischer Schiedssprüche in Deutschland

Schiedsspruch → Urteil
ausländisch → inländisch

§§ 1061ff ZPO
Autonomes nationales
Verfahren

NYÜ
Verfahren des Übereinkommens

Anerkennung eines
ausländischen Exequatur-Urteils
§ 722 ZPO / EuGVO

I. Ausländischer Schiedsspruch

II. Zuständigkeit

§1062 I Nr. 4 ZPO (Sitz/Eigentum/KG)

Ⓢ Verbindung zu Deutschland

III. Formelle Voraussetzungen

§1064 III S.1 ZPO

Schiedsspruch

IV. Verfahren

§1063 ZPO

Beschluss mit Urteilswirkung

“Rechtsbeschwerde”

V. Versagungsgründe

§1061 ZPO

I. Ausländischer Schiedsspruch

II. Zuständigkeit

← Art III 1

III. Formelle Voraussetzungen

Art IV

Schiedsvereinbarung und Schiedsspruch

IV. Verfahren

← Art III 1

Grenze S. 2: nicht substaniell

belastender

V. Versagungsgründe

Art V

Ⓢ Zulässigkeit

• ursprünglich durch den BGH
zugelassen, sofern Exequatur-Urteil
aus Land des Schiedsorts – nun
ausgeschlossen

• Nie bei Exequatururteil eines
Drittstaates

• diese Entscheidung ist nur in diesem
Land gültig

NYÜ →

Zuständigkeit in Deutschland

§ 1062 Abs. 2 ZPO

(2) Besteht in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 erste Alternative, Nr. 3 oder **Nr. 4** kein deutscher Schiedsort, so ist für die Entscheidungen das Oberlandesgericht zuständig, in dessen Bezirk der **Antragsgegner seinen Sitz** oder gewöhnlichen Aufenthalt hat oder sich **Vermögen** des Antragsgegners oder der mit der Schiedsklage in Anspruch genommene oder von der Maßnahme **betreffene Gegenstand** befindet, **hilfsweise das Kammergericht**.

KG Berlin

10.08.2006 – 20 Sch 7/04

Svenska
Petroleum

Joint Venture

Litauen
Geonafta

Schiedsspruch in
Dänemark

Vollstreckbarerklärung

Verteidigung
- kein aktuelles Vermögen
- nicht in naher Zukunft



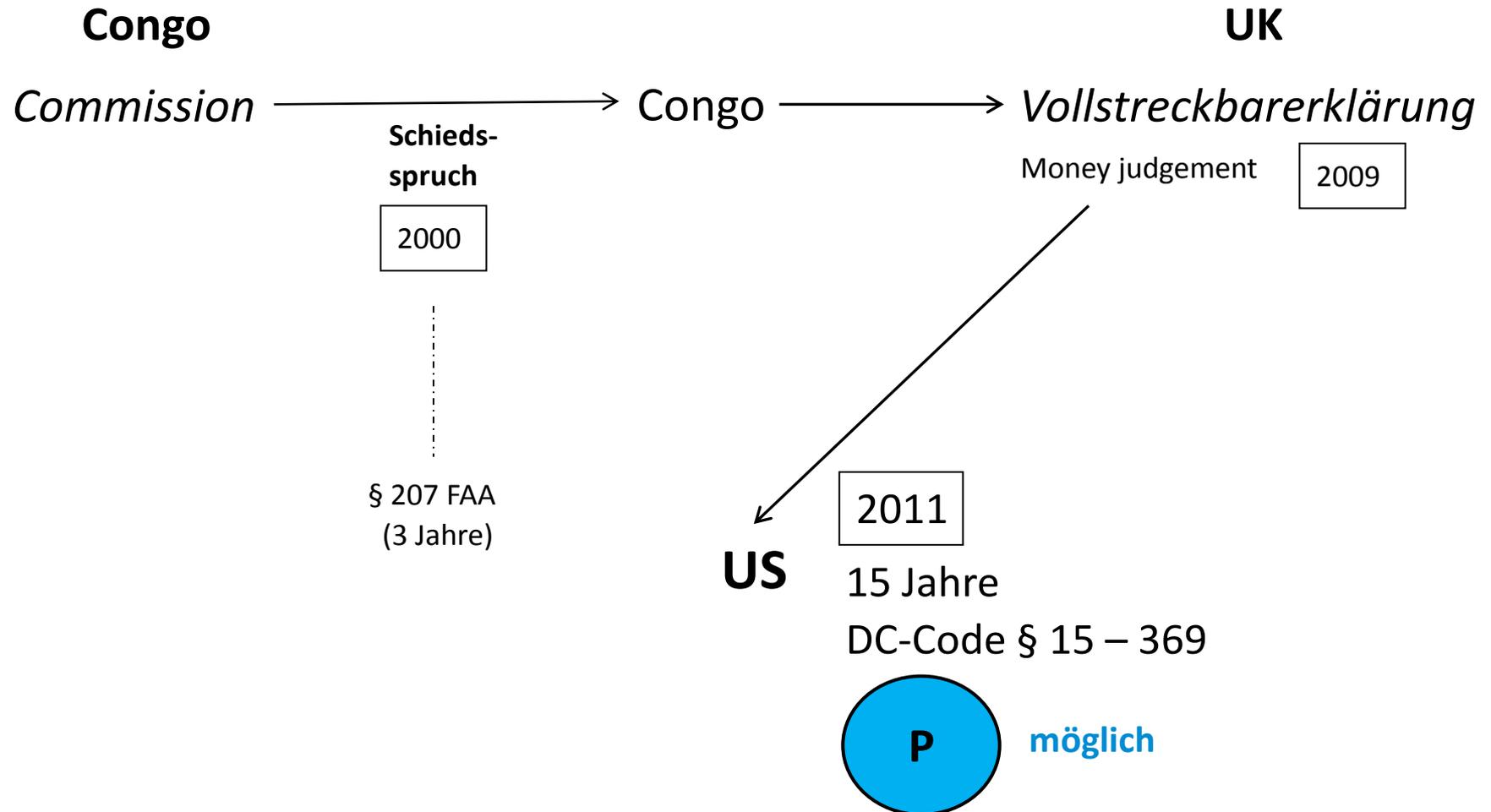
IV. Ausblick

Modelle für eine Modernisierung

- Anpassung des New Yorker Übereinkommens
- Schaffung einer neuen zusätzlichen Konvention (New York II)
- Anpassung unterhalb der völkerrechtlichen Ebene
 - Anpassung des Modell-Gesetzes
 - Auslegungsempfehlungen für das New Yorker Übereinkommen

Commissions I.E. v. Congo

Court of Appeal 11.07.2014



60 Jahre New Yorker Übereinkommen – Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Eine Audioaufzeichnung des Webinars „60 Jahre New Yorker Übereinkommen – Vollstreckung von Schiedssprüchen im Ausland“ ist unter dem folgenden Link abrufbar:

www.gtai.de/webinare-recht

GTAI-Rechtsinformationen finden Sie unter:

www.gtai.de/recht

Kontaktinformationen

Germany Trade & Invest ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaft sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit über 50 Standorten weltweit und dem Partnernetzwerk unterstützt Germany Trade & Invest deutsche Unternehmen bei ihrem Weg ins Ausland, wirbt für den Standort Deutschland und begleitet ausländische Unternehmen bei der Ansiedlung in Deutschland.

Kontakt

Prof. Dr. Stefan Kröll

stefan.kroell@law-school.de

Dmitry Marenkov

Dmitry.Marenkov@gtai.de

+49 228 24 993 362

Villemombler Straße 76

53123 Bonn

www.gtai.de

Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

© Germany Trade & Invest

Alle von Germany Trade & Invest zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Haftung übernehmen.